

## Grotewohl will „unersetzlich“ erscheinen Hintergründe der Gegensätze in der SED-Führung

DT. Die Hintergründe der Gegensätze innerhalb der SED-Führung werden allmählich aufgeheilt. Aber es ist ein einseitiges und deshalb trügerisches Licht, das jetzt nachträglich jene 35. Tagung des Zentralkomitees beleuchtet, auf der die Spitzenfunktionäre Schirdewan, Wollweber und Oelssner abgetakelt wurden. Was nämlich jene drei hinter den schalldichten Türen des obersten Parteigremiums an scharfer Kritik von sich gegeben haben, wird von der siegreichen Ulbricht-Gruppe natürlich nicht im „Neuen Deutschland“ veröffentlicht. Und was veröffentlicht wird an „Diskussionsbeiträgen“ der Ulbricht-Freunde Matern, Rau, Ebert, Stoph, Hager, erfolgt nur auszugsweise, als Beruhigungs- und Stärkungsspielle für die unsicher herumtappenden mittleren und kleinen Funktionäre in der Provinz.

Aber selbst diese redigierten Veröffentlichungen sind aufschlußreich. Die harten Gegensätze im Politbüro werden offiziell zugegeben; es ist zwecklos geworden, sie noch zu verharmlosen oder gar zu verschweigen. Ulbricht ergreift vielmehr die Gelegenheit, sich als Sieger über Widersacher triumphierend feiern zu lassen — ein Genuß, der ihm entgehen müßte, wenn er die Existenz von Feinden in den eigenen Reihen leugnen würde. Ulbricht brauchte die Feinde, um seine Rücksichtslosigkeit, Stärke und Macht demonstrieren zu können. Nichts anderes als Drohung und Einschüchterung ist es also, wenn er die Auseinandersetzung immer noch in langen Berichten darstellen läßt: weil sie für ihn — zunächst jedenfalls — siegreich ausgegangen ist.

Was aus den bis jetzt vorliegenden Diskussionsreden der 35. ZK-Tagung deutlich wird, ist nicht nur die politische, sondern auch die moralische Einstellung der Anhänger Ulbrichts. Die traurigste Rolle spielt Grotewohl.

Er setzte auf Ulbricht. Er stellte sich hinter den, der in der Arbeiterschaft der Zone verhaßter ist als jeder andere. Grotewohl unterstützte damit

den „harten“ Kurs, die Normenerhöhung, die Überplanerfüllung. Wovon die Ulbricht-Gegner, wenn auch nur aus eigener Existenzangst warnten, das hörte Grotewohl nicht, das waren nicht seine Worte: daß man nämlich mit den steigenden Anforderungen an die Arbeiter den Bogen überspannen könnte. Das Groteske geschah, daß Grotewohl sich zu Ulbricht schlug, angeblich um der Arbeiterschaft willen, um die „Einheit der Arbeiterklasse“ zu wahren, — die unter Ulbrichts Regime zur Perfektion der einheitlichen Ausbeutung der Arbeiterklasse geworden ist.

Denn bei den ganzen Auseinandersetzungen im Politbüro und Zentralkomitee ging es doch um die katastrophale wirtschaftliche Entwicklung, um die klägliche Situation in der Industrie und damit um die des Arbeiters schlechthin. Das weiß auch Grotewohl. Aber sein Diskussionsbeitrag enthält keine sachliche Kritik, keine fachlichen Vorschläge, keine praktischen Aufforderungen zum Bessermachen. Hochtrabend weicht er aus in die leider von ihm mitbestimmte „Geschichte der Arbeiterbewegung“. Was ihm spätestens heute als katastrophale Entscheidung, ja als Verrat an der sogenannten Ar-

beiterklasse klar sein müßte — seine Vereinigung mit den Kommunisten unter sowjetischem Druck —, das wagt er als Rechtfertigung für sein heutiges Verhalten heranzuziehen. Grotewohl sieht sich und bezeichnet sich als den großen Einiger der Arbeiterklasse zur sozialistisch-kommunistischen Einheitspartei. Er versucht, sich eine besondere Bedeutung zu verschaffen, indem er den Eindruck erwecken will, daß er diese „Einheit“ garantiere und daß sie zerfallen und sich spalten würde, wenn er jetzt anderer Meinung wäre als Ulbricht.

Ein kläglicher Versuch, in den Augen Ulbrichts und seiner Hintermänner als unersetzbar zu erscheinen, damit die Einheitspartei gewährleistet bleibe und jene früheren Sozialdemokraten nicht völlig vor den Kopf gestoßen werden, die wie Grotewohl 1945 sich zur Politik der vereinten Hände entschlossen hatten. Daß der Person Grotewohls eine solche Bedeutung aber längst nicht mehr zukommt, wird gerade jetzt erneut klar. Grotewohl hat mit der devoten Unterstützung Ulbrichts einen zweiten Verrat begangen. Wäre noch ein Funken von Selbstsicherheit, Rückgrat und Persönlichkeitsbewußtsein in ihm (vom alten revolutionären Geist gar nicht zu reden), dann hätte er jetzt die Chance, ja die Verpflichtung gesehen und genutzt, sich nicht für den Machthaber Ulbricht, sondern für die Arbeiterschaft einzusetzen. Die Chance hat er vertan, die Verpflichtung wohl nicht einmal gespürt. Grotewohl hat ausgespielt, auch wenn er „Ministerpräsident“ bleibt. Wer auf ihn, sei es in der Zone oder außerhalb, noch gewisse Hoffnungen gesetzt hat, wird sich jetzt korrigiert haben.

## Prag, Berlin, Korea

DT. Was heute vor zehn Jahren in Prag geschah, verlangt gerade in diesen Wochen unsere ernste Erinnerung. Am 24. Februar 1948 ließ sich die Tschechoslowakei, mit allen Attributen einer freiheitlichen Demokratie ausgestattet, zum kommunistischen, der Sowjetunion verpflichteten Einheitsstaat vergewaltigen. Die Geschichte mag darüber rechten, ob ein anderer demokratischer Politiker als der Präsident Eduard Benesch dem sowjetischen Zugriff weniger endgültig erlegen wäre. Die Geschichte wird über Schuld und Unschuld der in der Tschechoslowakei vertretenen demokratischen Parteien manches divergierende Urteil fällen können; aber sie wird um die Feststellung nicht herumkommen: der sowjetische Vormarsch nach Europa warf alle Absprachen und Zusicherungen an die westlichen Demokratien und den tschechoslowakischen Staat im brutalen Verlangen über den Haufen, ein demokratisches Land in den kommunistischen Einheitsmachtbereich einzuverleiben.

Von Prag aus, das noch nicht drei Jahre nach Kriegsende den letzten offenkundigen Machtvorstoß der Sowjets ohne westliche Gegenwirkungen erlebte, datiert ein Selbstbewußtsein und ein Verlangen nach gemeinsamem Handeln in den Staaten der Demokratie. Gegen den Umsturz von Prag, der unter Assistenz Sorins, des späteren Sowjetbotschafters in Bonn und des nachmaligen Abrüstungsdelegierten der Sowjets in London, vor sich ging, konnten die Länder der Demokratie nichts Solidarisches einsetzen. Es blieb auch keinem demokratischen Lande eine Handhabe, den undemokratischen Verlauf der Ereignisse in der Tschechoslowakei aufzuhalten oder gar zu verändern. In Prag hatten die Sowjets eine Variante der kommunistischen Machtergreifung präsentiert, die uns — im Blick auf die langandauernden Folgen — mancherlei auch für morgen und übermorgen lehren sollte. Hier

hatte es eine mit Kommunisten und Sozialisten, Liberalen und Konservativen besetzte Regierung gegeben, und hier hatte die Minderheit der Kommunisten, von der Sowjetunion gelenkt und ihren militärischen und wirtschaftlichen Machtmitteln getragen, der Demokratie gewissermaßen ein Leichenbegängnis bereitet. Wohl wurde die freie Welt alarmiert, als der nichtkommunistische Außenminister der Regierung Gottwald, der Sohn Masaryks, sich aus dem Czernin-Palais in den Tod stürzte, — aber was, so fragen wir zehn Jahre später, geschah für die vergewaltigte Demokratie in diesem Jahrzehnt?

Prag blieb kommunistisches Land. Wann immer in diesen vergangenen zehn Jahren ein Freiheitszeichen am trüben Sowjethimmel erschien — am 17. Juni 1953 in der Zone, beim polnischen — Oktober von 1956 und beim blutigen ungarischen November von 1956 —, das stummste Land hinter dem Eisernen Vorhang blieb fast immer die Tschechoslowakei. Die Sowjetunion hielt Prag sicherer und fester an ihren Herrschaftszügeln als manchen anderen Satelliten.

Kommunistische Wirklichkeiten, wenn sie erst einmal geschaffen sind scheinen irreparabel. Haben wir aber inzwischen gelernt, auf die verschiedenen Taktiken und Praktiken der Sowjets zu achten, wenn man mit ihnen zu Kontakten, Gesprächen und Verhandlungen kommt? Das Prager Beispiel hat gewiß für eine Weile eine aufrüttelnde Wirkung gehabt. Sie hielt aber nicht lange an. Man kann Prag nachsagen, daß es den Keim zum Gedanken des Nordatlantischen Paktes gelegt hat. Man wird auch feststellen müssen, daß der heftige und hartnäckige Widerstand, den die Amerikaner insbesondere ein halbes Jahr später dem sowjetischen Versuch entgegengesetzten, Berlin durch Aushungerung sowjetreif zu machen, ein Ausfluß der Prager Erfahrungen gewesen ist. Aber wäre nicht zwei Jahre später in Korea, auf ganz anderem Schauplatz, ein neuer und so eklatanter Ausfall der Sowjets passiert, dann wäre wohl auch das aus den Prager Ereignissen resultierende west-

liche Solidaritätsbewußtsein wieder müde geworden.

Nach Korea aber sind sieben, nach Berlin auch bald zehn und nach Prag genau zehn Jahre vergangen. Indessen können wir vielleicht versucht, gescheiterte, aber nicht mehr geglückte und vollendete Überfälle der Sowjets in der übrigen Welt konstatieren. Die Jahre nach Prag, nach Berlin und nach Korea waren der sehr lebendigen Anstrengung der freien Welt gewidmet, gegen jeden neuen sowjetischen Anschlag gewappnet zu sein, sich zusammenzutun und dafür militärische und wirtschaftspolitische Zusammenschlüsse zu organisieren. Das brachte deutliche äußere Zurückhaltungen der Sowjets, aber um so hartnäckigeres Festhalten an dem Status quo mit sich. Moskaus notwendige Enthaltung an erkennbaren Aggressionsakten, die die Abwehrfreudigkeit der freien Welt erzwang, aber gear in den letzten Jahren mehr und mehr den Wunsch, es mit Ausgleich und Entgegenkommen an die Sowjets zu versuchen. In der Welle dieser Good-will-Aktion, die mit Koexistenz und Verhandlungsfreudigkeit nur recht ungenügend bezeichnet ist, verfaß man mehr und mehr die Raffinesse der sowjetischen Politik, die in den ersten vier Nachkriegsjahren drauf und dran war, die ganze freie Welt zum erklärten Angriffsobjekt der sowjetischen Machtausbreitung zu machen.

In dieser dritten Phase befinden wir uns heute: zehn Jahre, nachdem die Sowjetunion aus einem demokratischen Lande über Nacht einen Satellitenstaat ohne menschliche Stimme gemacht hat. Die Taktik der sowjetischen Befriedigungspolitik dieser dritten Periode geht so weit, daß sie, wie eben in Nordkorea, sogar den Anschein politischer Vorleistungen einer vielleicht vergeßlichen Öffentlichkeit einschmeichelt. Wenn die rotchinesischen Truppen sieben Jahre, nachdem sie dazu aufgefordert worden waren, sich aus Nordkorea lediglich 500 Kilometer zurückziehen, so sollte das die amerikanischen UN-Truppen in Südkorea in Verlegenheit bringen. Gehen die

Fortsetzung auf Seite 7

## Das Plänemachen

### Ein offenes Wort zu leichtfertigen Vorschlägen

DT. Die Plänemacher sind wieder am Werk. Wie sooft, wenn Moskau sich besonders starkköpfig in der Deutschlandfrage gebärdet, glauben sie, mit neuen komplizierten Wiedervereinigungs-Konstruktionen oder unkompliziert anmutenden Patentlösungen die sowjetische Starrköpfigkeit in eine Bewegung nickender Zustimmung bringen zu können. Pläne sind gut und notwendig, wenn auch auf der Gegenseite Bereitschaft gezeigt wird, sich aufeinander abzustimmen im Aushandeln erträglicher Kompromisse. Pläne aber können verwirrend und gefährlich sein, wenn sie ein einseitiges Entgegenkommen darstellen oder gar eine Anbiederung an eben jene Starrköpfigkeit Moskaus (und Pankows).

Daran muß jetzt erinnert werden, weil manche Pläne und Forderung auf der westlichen Seite so „einfach“ und „einleuchtend“ formuliert sind, daß sie bei oberflächlicher Betrachtung als akzeptabel, ja als durchführbar erscheinen. Wenn etwa, wie gemeldet, Prof. Meder vom Osteuropainstitut einen „Gesamtdeutschen Parlamentarischen Rat“ vorschlägt, dessen Vertreter von der ostzonalen Volkskammer, auf westdeutscher Seite merkwürdigerweise jedoch nicht vom Bundestag, sondern von den Länderkammern delegiert werden sollen, wenn ferner dann bei einer Volksabstimmung über eine Verfassung und einen Friedensvertrag zusammen abgestimmt werden soll, so klingt das plausibel — sofern man sich nicht die Gefahr einer solchen Situation klarmacht. Denn bei einem derartigen Volksentscheid könnte der Wille zur gesamtdeutschen Verfassung jene gleichfalls schicksalhaften Entscheidungen in Kauf nehmen, die nachteilig und bleibend mit einem unter ungünstigen Bedingungen ausgehandelten Friedensvertrag wahrscheinlich verbunden wären.

Was berechtigt auch noch zu Hoffnungen, wenn sich in Hamburg der Sozialdemokrat Herbert Wehner bei seinem Vier-Etappen-Vorschlag zur Wiedervereinigung nicht „daran stoßen“ würde, wenn zwölf oder fünfzehn Jahre bis zu seiner Verwirklichung vergehen? Zwölf oder fünfzehn Jahre, — sind solche langfristigen Einplanungen wirklich noch Hoffnung für die Zonenbevölkerung oder nicht bereits Resignation? Und: hat es wirklich, wie Wehner behauptet, die Politik der Bun-

desregierung „unvermeidlich“ gemacht, daß von der „Existenz der Behörden der DDR“ Notiz genommen werden muß? Wo bleibt die Feststellung der Schuld Moskaus? Was nutzen vier Etappen, wenn nach der vierten die Wiedervereinigung steht, während lediglich die beiden ersten vom Osten akzep-

### Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth  
Berlin-Tempelhof 1  
Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

tiert werden könnten, speziell die Etappe Nummer zwei, deren Vorteil Pankow einstecken könnte, ohne jedoch weiter in

(Fortsetzung auf Seite 6)

## Atomraketen für England

### Abkommen mit den USA — Nicht der NATO unterstellt

London (dpa). Mit Atomsprengekörpern ausgerüstete ballistische Mittelstreckenraketen des Typs „Thor“ werden auf Abschubrampen in Großbritannien installiert werden. Dies ist in einem britisch-amerikanischen Abkommen vereinbart worden, dessen Abschluß gleichzeitig in London und Washington bekanntgegeben wurde. Raketen und Atomsprengekörper werden von den USA geliefert, das Bedienungspersonal stellt Großbritannien. Die Raketen können im Ernstfall erst eingesetzt werden, wenn die Regierungen der USA und Großbritanniens ihre Zustimmung gegeben haben.

Die ersten Raketen, die eine Reichweite von über 2500 Kilometern haben, werden nicht vor Ende dieses Jahres, möglicherweise erst spät im Jahre 1959 installiert werden. Die Atomsprengekörper werden in amerikanischem Gewahrsam bleiben. Die USA bezahlen die Ausbildung des britischen Raketenpersonals in den USA und stellen Versuchsgelände für die Erprobung zur Verfügung. Die Kosten des Baus der Stützpunkte in Höhe von rund 117 Mill. DM werden von Großbritannien getragen.

Die Anzahl und die genaue Lage der Raketenstützpunkte werden geheimgehalten. Der britische Verteidigungsminister Sandys teilte im Unterhaus lediglich mit, daß die meisten Abschubrampen in der Nähe der englischen Ostküste errichtet werden. Nach bisher in London vorliegenden Informationen sollen vier größere Einheiten mit je 15 „Thor“-Raketen weit auseinandergezogen auf früheren Flugplätzen der britischen Luftstreitkräfte stationiert werden. Die Raketen sollen ständig einsatzbereit sein; doch können nur die Regierungen Großbritanniens und der USA ihre Zustimmung zum Abschub geben.

Die RaketenEinheiten in Großbritannien werden nicht unmittelbar der NATO unterstehen, sondern dem britischen Bomberkommando, dessen Operationspläne eng mit denen der amerikanischen strategischen Luftflotte koordiniert sind und die militärischen Bedürfnisse der NATO berücksichtigen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2

## Pankow erhofft Krise im Westen

### Ablenkung von eigenen Schwierigkeiten

Berlin (Eigenbericht). Die kommunistischen Zeitungen in der Sowjetzone, vor allem das „Neue Deutschland“, bemühen sich in den letzten Tagen krampfhaft, negative Wirtschaftsmeldungen aus Westdeutschland auf der ersten Seite groß aufzumachen. Das ist nicht leicht; denn der Stoff, der dazu dienen könnte, ist sehr spärlich gesät.

Da gab es eine Feierschicht an der Ruhr für einige Tausend Bergleute, weil der Winter weniger Hausbrandkohle erforderlich machte. In einigen Werken der Röhrenindustrie wurde Kurzarbeit eingeführt. Dazu kommen die jahreszeitlichen Abschwächungen in manchen Industriezweigen oder einzelnen Betrieben, wie sie im Winter stets auftreten. Das „Neue Deutschland“ sammelt solche Einzelfälle, die für die gesamte Wirtschaftslage an sich belanglos sind, und unterwirft sie dem gewohnten Vergrößerungsverfahren der Übertreibung. Leider vermag es mitunter auch manche Unkenrufe zu zitieren, die in der westdeutschen Presse von dubiosen Sachverständigen ausgestoßen werden, deren Prophetengabe sich schon häufig als unzulänglich erwiesen hat. Die Kommunisten klammern sich an solche Strohhalm gerade jetzt; sie sollen nämlich die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von den eigenen Schwierigkeiten ablenken und die kritische Situation vernebeln, die aus der Ulbricht-Diktatur entstanden ist.

Das wichtigste Instrument der wirtschaftspolitischen Lüge, die heute von der kommunistischen Presse virtuos gehandelt wird, ist das Verschweigen. Natürlich meldet diese Presse nicht, daß die relativ wenigen Bergleute an der Ruhr, die von der Feierschicht betroffen wurden, nach Abzug des dabei ausgefallenen Lohnes immer noch Monatsspitzenverdienste nach Hause bringen werden, die in ihrer Kaufkraft weit über ähnlichen Verdiensten von Arbeitern in der Sowjetzone liegen. Wir werden im „Neuen Deutschland“ sicher auch die für die Berliner Wirtschaftsverhältnisse wichtige Meldung (siehe Wirtschaft) vermissen, daß die jahreszeitliche Abschwächung der Produktion

im Januar 1958 in Westberlin geringer war als im Januar 1957 und daß der Berliner Produktionsindex um 8 v.H. höher war als vor einem Jahr. Weitere Vergleichsziffern zwischen Januar 1958 und Januar 1957 für die Bundesrepublik zeigen, wie unsinnig es ist, von einer beginnenden Wirtschaftskrise zu reden. Die Umsatzwerte des Einzelhandels waren im letzten Monat um 10 v.H. größer als im gleichen Monat des letzten Jahres. Die Rundfunkgeschäfte haben 62 v.H. mehr, die Schuh-

geschäfte 15 v.H. mehr verkauft. So sieht keine „verzweifelte Wirtschaftslage“ aus.

Solche Umsatz-, Produktions- und Beschäftigungsziffern zeugen von einer guten Wirtschaftslage. Da gibt's kein Tüfteln und kein Deuteln; auch Einzelfälle widerlegen nicht das günstige Gesamtbild. Die Kommunisten machen sich daher lächerlich, wenn sie von „Angst und Unruhe in Bonn“, vom „Schwarzen Sonnabend im Ruhrgebiet“ und ähnlichen Märgen reden. Gewiß: wir befinden uns nicht mehr in der Hochkonjunktur, in der alle Kräfte bis aufs letzte angespannt und teilweise auch überspannt wurden. Manche unerwünschte und gefährliche Erscheinung, die unzähligen Überstunden, die langen Lieferfristen, die Tendenz zu Preiserhörungen, das Abwerben von Arbeitskräften sind fast verschwunden.

## Am 38. Breitengrad

DT. Der Krieg in Nordkorea ist nicht überwunden worden. Der 38. Breitengrad blieb als Demarkationslinie eine Gefahrenlinie trotz der gemischt zusammengesetzten Waffenstillstandskommission. Deren Kontroll- und Inspektionssystem hat im nordkoreanischen Teil nie richtig funktionieren können. Diese Erfahrungen einer neutralen Kommission in Korea sollten diejenigen berücksichtigen, die ähnliche Kontrollsysteme auch für Mitteleuropa vorschlagen.

Aber es werden mehrere Parallelen sichtbar. Während nach dem Abzug aller fremden Truppen aus Korea die Chinesen an der Grenze stehenbleiben würden, hätten sich die US-Divisionen sozusagen nach Übersee abgesetzt. Wenn das geschehen würde — und die Rotchinesen wollen es mit dem angekündigten Rückzug ihrer „Freiwilligen“ erreichen —, dann würde sich auch in Korea wieder die Unsicherheit und die Angst vor den kommunistischen Massen des Nachbarlandes verstärken, weil die amerikanischen Atomwaffen als Abschreckung roter Aggressionsabsichten fehlen würden.

Solange Korea nicht durch freie Wahlen (deren praktische Durchführung ein besonderes Problem darstellt) vereint und wenigstens seine innere Ruhe und Sicherheit stabilisiert sind, werden die Amerikaner als Sicherheitsfaktor bleiben müssen. Das sollten die Asiaten einsehen, die den Abzug der Rotchinesen als Friedensgeste Pekings auffassen könnten. Denn denkbar wäre nach dem sofortigen Abzug aller Besatzungstruppen nicht nur ein neuer roter Vorstoß nach Süden, sondern auch ein Provokieren der Südkoreaner durch „Zwischenfälle“ am 38. Breitengrad, die den alten Staatspräsidenten Singman Rhee in seiner Neigung zum Abenteuer zu einem Marsch nach Norden veranlassen könnten. Das aber würde den Rotchinesen sofort neuen Grund für ein Eingreifen geben, nicht aber auch den UN und den Amerikanern. Die Unterwerfung des Südens, die im Koreakrieg nicht gelungen ist, könnte nachgeholt werden, wenn man das Land vorschnell sich selbst überlassen würde und damit seinem kommunistischen Nachbarn.

Zwischen Elbe und Oder:

# Kritik auf der ganzen Linie

## Aufzeichnungen über Stimmungen und Ereignisse in Mitteldeutschland

### Berlin (Eigenbericht)

Die geradezu krampfhaften Versuche der SED, das gesamte Leben in der Zone zu politisieren, fordert gerade in letzter Zeit immer mehr die Kritik vieler Bürger heraus.

### MAGDEBURG

Nicht nach Westdeutschland. Im Jugendklubhaus Süd fand ein öffentliches Jugendforum der FDJ - Stadtbezirksleitung zum Thema: „Warum verleihe ich meinen Urlaub nicht in Westdeutschland?“ statt. Im Saal herrschte eine merkwürdig geladene Atmosphäre. Aus den Fragen der Jugendlichen wurde ersichtlich, wie wenig sie sich mit einer solchen Reisesperre abfinden. Warum dürfen wir nicht fahren? Warum will man uns von unseren Landsleuten fernhalten? Wir wollen selbst sehen, einmal sehen ist besser als hundertmal hören! Die Vertreter von Partei, Volkspolizei und Staat erzählten warnende Geschichten von bösen Werbemännern für die Fremdenlegion. Es wiederholte sich die Partei-Argumentation: „Das Paßgesetz ist zutiefst human, wer in die Bundesrepublik fährt, läuft Gefahr, zum Verräter zu werden, die DDR schützt die Bürger.“ Am Ende des Jugendforums sagten manche Jungen zueinander: „Ich bin nicht überzeugt — ich fahre doch.“

Krankendiät in falsche Kanäle. Der Chefarzt der Pawlow-Poliklinik beklagte sich, daß HO - Diät - Geschäfte vitaminreiche Waren in falsche Kanäle verteilen. Die Kranken bekämen auf Bescheinigung keine Produkte für Heildiät, weil diese Mangelware bereits vergriffen ist. Der Vitaminbedarf könne nicht immer befriedigt werden, insbesondere nicht beim Auftreten von Grippe und Infektionskrankheiten.

Buntes Leben und Treiben herrscht im kleinen Saal des Klubhauses „Ernst Thälmann“. Die Kinder feierten einen fröhlichen Fasching, tanzten, sangen und musizierten und lauschten aufmerksam dem Zauber-

künstler. Künftig soll es in jedem Monat für die Kinder Überraschungen geben, z. B. eine Dampferfahrt, eine Wanderung, eine Omnibusfahrt oder ein Kinderfest. Übrigens: Bezeichnend für die Stimmung der Bevölkerung ist, daß der große Ausspracheabend im Puschkinhaus über das 35. Plenum des ZK der SED von nicht einmal 100 Personen besucht war.

### LEIPZIG

Sie singen gern Kirchenlieder. Die Studenten des Musikwissenschaftlichen Seminars der Karl-Marx-Universität in Leipzig wurden gerügt, weil sie keine Arbeiterlieder singen. Sie würden noch nicht einmal solche fortschrittlichen Lieder kennen und nicht würdig sein, die Arbeiter- und Bauernmacht zu repräsentieren. Sie sollten das Erbe von Marx und Engels fortführen. Aber was täten sie? Sie singen mit viel Freude und sogar ausgezeichnet Kirchenlieder, Lieder einer überholten Epoche. Sie seien keine Propagandisten für den Marxismus-Leninismus.

Weshalb Gasdruckmangel? An alle Hausfrauen wird appelliert, den Sonntagsbraten nicht am Sonntagvormittag zu bereiten, weil in diesen Stunden der Gasdruck stark nachläßt. Die Gasfachleute vom VEB Gasversorgung entschuldigen sich für die schlechte Gasversorgung mit dem Hinweis, Kriegseinwirkungen und Versäumnisse früherer Jahre seien daran schuld, die in den Grundstücken vorhandenen Gasleitungen seien im Rohrquerschnitt zu klein.

Westdeutsche Gäste nach Leipzig. Zur Leipziger Messe wurden von volkseigenen Betrieben „fortschrittliche“ Arbeiter aus dem Ruhrgebiet eingeladen. Sie sollen „Keimzellen zur gesamtdeutschen Arbeit“ werden. Man würde in Leipzig, so beklagt sich die SED-Zeitung „Leipziger Volksstimme“, zu wenig für die Wiedervereinigung tun, es gäbe noch zu wenig Geschenkabonnements

für die Heimatzeitung der Leipziger in Westdeutschland, die „Leipziger Volksstimme“. Anlässlich der Messe solle man den westdeutschen Gästen alle Erregenschaften der Zone zeigen. Ein Arbeiter aus dem VEB Schwermaschinenbau erzählte, sie befänden sich in einer schwierigen Lage, weil sie die fortschrittlichen Gäste aus der Bundesrepublik, die ihr Werk eingeladen hat, nicht kennen. Ihnen gegenüber müßten sie so tun als ob. Es handele sich fast ausschließlich um ehemalige Mitglieder der verbotenen KP.

### GROSSOTTERSLEBEN/BÖRDE

„Alles für den Bauern.“ Großeinsätze finden zur Zeit auf dem Lande statt. Die SED will die Bauern umstimmen. Sie sollen sich freiwillig in eine LPG aufnehmen lassen. Landsonntage, Filmvorführungen, Vorführungen technischer Geräte, Modenschauen, Veranstaltungen von Kulturgruppen stehen unter dem Motto „Alles für den Bauern“. Die Preise aber sind gepfeffert. Herren-Langstiefel, schwarz Boxkalf: 141,60 DM; ansprechende Damen-Pumps, braun: 130,40 DM. Manche harte Worte fallen über die Preise und in deftiger Bauernsprache antwortet man den Verkäufern, wenn sie Nachfragen nach Gewürzen zum Schlachtfest noch immer mit „Haben wir nicht“ beantworten müssen.

### CHEMNITZ

Als Verleumdungen des Klassenfeindes werden viele Meldungen aus der Zone von der SED-Presse bezeichnet, wobei oft nur das zitiert wird, was die SED über sich selbst sagt. In der Chemnitzer „Volksstimme“ vom 14. Februar findet sich folgender Bericht über den Wohnungsbau in Mitteldeutschland: „Als vor vier Wochen die ersten Mieter in die Häuser Lutherstraße 22 und 24 einzogen, hätten sie am liebsten wieder kehrgemacht. Im Treppenhaus fehlte jeder Farbanstrich, auf den Stufen häuf-

Fortsetzung auf Seite 6

# Wer ist Perwuchin?

Porträt des neuen Sowjet-Botschafters in Pankow

Michail Georgiwitsch Perwuchin, Kandidat des Präsidiums des Zentralkomitees der KPdSU, von Beruf Diplomingenieur, 1904 im Uralgebiet als Sohn proletarischer Eltern geboren, gehört der mittleren sowjetischen Führergeneration an. Er spielte bereits eine bedeutende Rolle in der sowjetischen Wirtschaftsverwaltung, insbesondere auf den Gebieten der Chemie und Elektroindustrie. Im Oktober 1952 wurde er Vollmitglied des Parteipräsidiums. Auch hielt er, wenige Monate vor Stalins Tod, den Festvortrag zum 35. Jubiläum der Oktoberrevolution, — bekanntlich die ehrenvollste Aufgabe für einen Moskauer Parteifunktionär.

Im diplomatischen Dienst war Perwuchin bisher nicht tätig, wohl aber besitzt er Kenntnisse über die Sowjetzone, da er sich besonders während der letzten Zeit mit den wirtschaftlichen Beziehungen der Sowjetunion zum Ausland beschäftigte. 1955 besuchte er die Sowjetzone zusammen mit Mikojan. Auch nahm er an den deutsch-sowjetischen Verhandlungen im September 1955 in Moskau teil. Seine Stellung wurde geschwächt, als er während der Molotow-Kriste vom Vollmitglied des Parteipräsidiums zum Kandidaten rückbefördert wurde.



Man kann mit einem hohen Grad von Wahrscheinlichkeit behaupten, daß — unter Berücksichtigung des andauernden Ringens zwischen den „Dogmatikern“ und „Revisionisten“ in der sowjetischen Parteiführung — die Stellung Perwuchins eine mittlere ist. Seine Hauptbedeutung liegt in seinen wirtschaftlichen, technischen und organisatorischen Fähigkeiten. Im Gegensatz zu dem abgelösten Botschafter Puschkin, der sich ständig in die Fraktionskämpfe innerhalb der SED-Führung einschaltete, wird das sowjetische Parteipräsidium gerade Perwuchin nach Ostberlin ent-

sandt haben, um sich vor allen Dingen einen genauen Einblick in die wirtschaftliche Lage der Zone zu verschaffen. Gerade verhandelt der stellvertretende Ministerpräsident der „DDR“, Fritz Selbmann, in Moskau, um der Zonenwirtschaft Erleichterungen zu verschaffen. Bedenkt man die wirtschaftliche Misere Mitteldeutschlands, die auf dem 33. und 35. Präsidium des ZK der SED einen bereden und gefährlichen Ausdruck gefunden hat, so wird man verstehen, daß die wirtschaftliche Sanierung der Sowjetzone ein Kardinalproblem darstellt, an dessen Lösung die Sowjets naturgemäß außerordentlich interessiert sind.

Perwuchin kommt, um die sowjetische Position in Ostberlin wieder repräsentativ und aktiv zu vertreten, nachdem die Sowjetbotschaft wochenlang unbesetzt war, und das zu einer Zeit, da das Politbüro der SED keine Einheit bildet, in sich zerfallen ist und Ulbricht alle Hände voll zu tun hat, um seine Gegner zurückzudrängen. Die Aufgabe Perwuchins in Ostberlin dürfte keine leichte sein.

## Fortsetzung von Seite 5

ten sich die Gips- und Mörtelrückstände. Die Leitungen für die Hausflurbeleuchtungen waren nicht verputzt. In den Wohnungen waren verglaste Farbanstriche an den Wänden. Die Badeöfen und einige Stopfen für Badewannen fehlten ganz. Rohrdurchbrüche waren nicht sauber verputzt. Im Haus Nr. 24 offenbarten sich besondere Tücken. An der Haustür war von außen die Klinke abgebrochen, so daß die neuen Mieter nur mit Werkzeugen und viel Geschick ins Haus gelangen konnten. Im Waschhaus gab es für 14 Tage nur Wasser, weil die Leitung bei der ersten Probe in die Brüche ging. Die Badeöfen stehen neben den Wannen ohne Ofenrohre. In den Wohnungen biegen sich die Türschwellen. Der Steinholzfußboden reißt. Die Dachrinne platze, und das Regenwasser ergießt sich vom Dach über die Hauswand und löst den Putz.“

## Das Planemachen

(Fortsetzung von Seite 3)

die dritte und vierte vorzudringen? Wie kann man überhaupt Pankow wirtschaftliche Stärkung anbieten in einem Zeitpunkt, da dort die verhassten Funktionäre vor dem Ruin stehen?

Fragen über Fragen, die sich so wuchernd um die Pläne ranken, daß sie selbst fast darunter versteckt und erstickt werden. Jedoch haben alle Pläne Anspruch auf Beachtung und Erörterung, sofern sie detailliert vorgetragen werden.

Theoretisch und sehr selbstherrlich ist es von gewissen westdeutschen Kreisen, die

präzisen Erfahrungen Berlins zu überhören, sich selbst als „Ost-Experten“ in Szene zu setzen, Ulbricht-Interviews zu publizieren oder Pläne zur Annäherung an Pankow vorzuschlagen, ausgerechnet jetzt, da die dortigen Machthaber um ihre Existenz zittern. Wer sich schon weiser dünkt als jene, die seit Jahr und Tag inmitten der sowjetzonalen Geschehnisse stehen, sollte, wenn er schon über kein Fingerspitzengefühl für politische Taktik verfügt, so doch ein natürliches Taktgefühl gegenüber der Bevölkerung Mitteldeutschlands aufbringen, bevor er Gespräche fordert, wie Ulbricht sie will.

## Ost-West-Konferenz



Deutsche Frage nicht vergessen!

... und geheimnisvoll lächelt die Sphinx

## Prag, Berlin, Korea

Fortsetzung von Seite 2

Amerikaner aus Südkorea heraus dann müßten sie mindestens 1500 Kilometer, also auf praktisch unerreichbare Ferne, zurückweichen. Und sie müßten den labilen Zustand des politischen Südkorea-Klimas mit dem hitzigen alten Mann Syngman Rhee zu einem so gefährlichen Boden verwandeln, daß die Wiederkehr der kommunistischen Truppen und mit ihr die dann vermutlich sehr rasch zu praktizierende kommunistische Gesamtherrschaft in Korea geradezu provoziert würden.

Das Angebot aus Rotchina sieht natürlich wie ein Friedensangebot des neuen kommunistischen Typs aus den letzten zwei Jahren aus. In Wirklichkeit erinnert es sehr an die Zustände, die 1948 in Prag zum Ende der Freiheit und der Demokratie und zum Anfang eines kommunistischen Satellitensta-

tes Moskaus führten. In den Armen tragen die Sowjets heute Dinge, die wie Geschenke aussehen. Sie nennen Konzeptionen, die sie als Verwandlungen des unseligen Status quo der Nachkriegsjahre anpreisen. Sie haben — mögen wir nur an das undiskutable Wort von der „Konföderation der beiden deutschen Staaten“ denken — Vorschläge, die merkwürdigerweise in dieser dritten Phase der Nachkriegsjahre auch Politiker in unserem Lande als neu und erörterungsfähig erkennen wollen. Die Erinnerung an den 24. Februar 1948 ist deshalb dringend notwendig für alle, die glauben, eine radikal andere Politik treiben zu müssen. Mit der größten Elastizität bietet sich Moskau seinen Partnern im weiten Erdenrund. Es wird sehr notwendig sein, bei allen Gesprächen und Verhandlungen, die wir in dieser neuen Phase

zu führen haben, klar das Ziel der sich „elastisch“ darbietenden Projekte zu erkennen.

## Dulles 70 Jahre alt

Washington (ap). Der amerikanische Außenminister Dulles hat sein 70. Lebensjahr vollendet. Noch früher als gewöhnlich erschien er an diesem Tag im Amt, und auch ein Geburtstagsessen, das sein Bruder für ihn geben wollte, mußte wegen der geschäftigen Tagesordnung des Jubilars ausfallen.

## „Explorer“ funkt wieder

Washington (dpa). Der stärkere Sender des amerikanischen Erdsatelliten „Explorer“, der vor knapp zwei Wochen verstummt war, strahlt jetzt überraschend wieder Signale aus. Die Fachleute haben bisher keine Erklärung für die neuen Lebenszeichen des Senders gefunden.



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Tolles Gangsterstück auf Kuba. Der weltberühmte Rennfahrer Juan Manuel Fangio (links) wurde vor seiner Teilnahme an einem Rennen in Havanna von regierungsfeindlichen Rebellen entführt und erst einen Tag später wieder freigelassen. Rechts der Anführer der Rebellen, Fidel Castro. — Unten: Hochwasser in verschiedenen Flußtäälern Baden-Württembergs. Hier: Oberriexingen (Kreis Vaihingen).

